

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Insertate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 25 Pfg. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 29

Sonntag, den 19. Juli

1914

## Alles für ein Ungeheuer.

Mit allen Kräften und Mitteln wirken die preussische und sächsische Regierung auf ein gesetzwidriges Verbot des Streikpostenstehens hin. Die ungesetzliche Verordnung der sächsischen Regierung haben wir bekannt gegeben. Fast die gesamte unabhängige Presse bestätigte unsere Auffassung, daß die Verordnung das Recht des Streikpostenstehens eskamottiert, also als rechtsungültig angesehen werden muß. Leider müssen erst die betroffenen Arbeiter noch Gerichtsbeschlüsse provozieren, die der Regierung unterlagen, den Arbeitern wider alles Recht Hindernisse zu bereiten, wenn sie gesetzlich gestattete Mittel zur Verbesserung ihrer Lage anwenden.

Auf die scharfen Angriffe wegen ihrer arbeiterfeindlichen Stellung unternimmt es die sächsische Regierung, ihre Verordnung zu verteidigen. In der königlichen „Leipziger Zeitung“ wagt sie zu behaupten, sie greife das Koalitionsrecht nicht an, sondern schütze es durch ihre Maßnahmen. Von scharfmacherischen Tendenzen könne keine Rede sein. Gewiß sei das friedliche Einwirken von im Lohnkampf stehenden Personen auf solche, die sich nicht daran beteiligen, nach der Reichsgesetzgebung zulässig. Aber die freie Willensbestimmung und der freie Verkehr sowie der Straßenverkehr sei im allgemeinen zu achten. Deshalb sei mit vollem Recht verfügt worden, daß als Belästigung, die ein polizeiliches Einschreiten rechtfertigt, es auch anzusehen sei, wenn Personen wider ihren aus gesprochenen oder erkennbaren Willen öffentlich angesprochen und augensällig begleitet werden.

Seit je ist die sächsische Arbeiterschaft gewöhnt, daß Regierung und Behörden Gesetze verschiedenlich auslegen und handhaben. Besonders nach dem Fall des Sozialistengesetzes ist diese Praxis in erschrecklichem Maße ausgeübt worden. Arbeit gestraft hat sie nichts, höchstens insoweit, daß die Arbeiter lernten, dieser Praxis zum Trotz ihre Absichten durchzusetzen. Und so würden sie auch die neue Verordnung durch entsprechendes Verhalten unschädlich machen, wenn etwa die Gerichte konform mit der Regierung gehen und die Verordnung decken würden. Nur wäre ein neuer Beweis geliefert für die gesetzwidrige Belästigung der Arbeiterbewegung.

Wie sinnwidrig die Verordnung verteidigt wird, mag folgender schöner Satz zeigen: „Es ist weiter nach der feststehenden Rechtsprechung der sächsischen Gerichte ein Recht und eine Pflicht der Polizeibehörden, nicht nur begangene strafbare Handlungen zu verfolgen, sondern auch solche zu verhüten und die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung aufrecht zu erhalten.“ Trotz aller Heiligkeit ist es der sächsischen Polizei noch nie gelungen, begangene strafbare Handlungen zu verhindern. Streikpostenstehen zu verbieten, ist nicht schwer, aber begangene strafbare Handlungen werden damit nicht verhindert, schon weil kein Gesetz das Streikpostenstehen verbietet oder für eine strafbare Handlung erklärt. Dazu hat also auch die Polizei kein Recht, die keine Gesetze zu machen, sondern die bestehenden selbst zu respektieren hat. Lorbeeren erntet die sächsische Regierung und Polizei in diesem Falle keineswegs, und daß sie mit ihrer Verordnung auf dem Trockenen sitzen bleiben, dafür werden die Arbeiter sorgen.

Jedoch kann sich die sächsische Regierung trösten, daß sie nicht allein steht mit ihrer sozialpolitischen Pfiffigkeit, dem Unternehmertum als schlaue Gehilfin zu dienen. Die preussische Regierung hat sich mit der bekannten Verordnung für Westfalen eine gerichtliche Absurde geholt. Das Kammergericht hat die Verordnung für ungültig erklärt. Nun soll zum Trost für die streikbange Regierungen in Sachsen und Preußen die Reichsregierung die langen Stiefel anziehen und wie Hanemann vorangehen.

Zunächst wird sie eine Denkschrift über den Schutz der Arbeitswilligen ausarbeiten und damit eine reichsgesetzliche Regelung der Materie vorbereiten. Ein spezielles Gesetz will jedoch wieder die Reichsregierung, noch die einzelnen Bundesstaaten, so erklärt eine offiziöse Bekanntgabe. Das ist nun nichts neues, denn es ist bekannt, daß die Reichsregierung bei der Revision des Strafgesetzbuchs Bestimmungen in das Gesetz bringen will, die einer willkürlichen Behandlung organisierter Arbeiter Ehr und Lor öffnen soll. Dann wird es allerdings leicht werden, die heute schon im Schraube gehenden Verfolgungen streikender Arbeiter polizeilich und gerichtlich zu verschärfen. Wie das gemacht werden soll, davon gibt ein offiziöser Waschzettel folgende Andeutung:

„Innerhalb der meisten Bundesregierungen ist man bestrebt, auf dem Verordnungswege den Schutz der Arbeitswilligen nach Möglichkeit zu verstärken. So beschließt die preussische Staatsregierung, sämtliche Polizeiverordnungen über Streikpostenstehen usw., von denen

kürzlich einige vom Kammergericht für rechtsungültig erklärt wurden, einer Revision zu unterziehen und sie in derartiger Weise zu gestalten, daß das Kammergericht nicht gegen sie einwenden kann. Weiter sollen in den Industrieregionen die Polizeikräfte nach Bedarf verstärkt werden, um in Gegenden, wo Streikausbrüche zu vermeiden sind, rechtzeitig die nötigen Organe zur Hand zu haben. Ferner werden überall, wo noch nichts geschehen ist, Polizeiverordnungen erlassen, die Streikausbreitungen und Aufstrebungen wirksam entgegenzusetzen sollen. In diesen wird auf die Bestimmungen des allgemeinen Landrechts Bezug genommen, nach denen die Polizei die nötigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung und zur Abwendung der dem Publikum oder einzelnen Mitgliedern desselben bevorstehenden Gefahr zu treffen hat. Auf Grund der bestehenden reichsgesetzlichen Bestimmungen ist jetzt bereits der Schutz der Arbeitswilligen möglich. Der § 153 der Gewerbeordnung sieht vor, daß derjenige mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft wird, der andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, Beschädigung, Ehrverletzung oder Verurteilung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an Erwerbungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen. Das Reichsgericht hat ferner mehrfach zweifelhafte Fragen geklärt. Auf Grund ergangener Entscheidungen genügt die Bezeichnung „Streikbrecher“, um die Anwendung des § 153 zu rechtfertigen. Weiter hat das Reichsgericht eine Verurteilung schon in der Erklärung erblindet, daß jemand mit einem anderen Arbeiter nicht mehr zusammenarbeiten kann oder will. Auch die Ankündigung von Mitteln, durch die freie Entschuldigungen der Arbeitswilligen beeinträchtigt werden können, sowie ein Abhalten von der Arbeit durch palliative Mittel ohne Handgreiflichkeiten bedeutet einen körperlichen Zwang.“

Wenn diese Ansichten in polizeiliche Handlungen umgesetzt und in ganz Deutschland diese Eingriffe praktiziert werden sollen, dann wird der Boden der bürgerlichen Ordnung im Schnelltempo unterminiert und der Klassenkampf zur Siebtheit gebracht. Die Forderung: Schutz der Arbeitswilligen! — wird nur zu schnell ein Ende nehmen, denn diese Praktiken werden selbst den Arbeitswilligen, die mehr aus Unwissenheit, als aus Schleichheit dem Unternehmertum Raubtreiberdienste leisten, die Logik einpauken, daß auch sie nicht gegen solche Polizeihilfe für das Unternehmertum gesetzt sind und daß sich das Vorgehen gegen die gesamte Arbeiterschaft richtet.

In dem Augenblicke, wo die Praktiken des Polizeilampfes gegen die Arbeiter allgemein in Deutschland einreißen, wird die Arbeiterschaft auf der ganzen Linie Front dagegen machen. Der Organisationszwang kann den Arbeitern nicht besser eingelebt werden, als durch die Erfüllung der Scharfmacherwünsche. Wir glauben nicht zu viel zu sagen, wenn wir behaupten, daß ein sprunghafter Aufschwung der Gewerkschaften die Folge der neuen Verfolgungssära sein wird. Statt zu erschrecken, wird sie den Mut und den festen Willen über die Trägheit all der Arbeiter legen lassen, die erst durch die offene Gewaltpolitik aus ihrem Indifferentismus gerüttelt werden.

Das soziale Erwachen der Arbeiter wird durch die gewerkschaftlichen Organisationen gefördert. Droht den Gewerkschaften Kampf durch eine gewalttätige Verfolgung von den herrschenden und besitzenden Klassen, dann wird ein Sammelruf zum gemeinsamen Kampfe unter den Arbeitern einen Erfolg haben, der einen Umschlag zu Ungunsten der scharfmacherischen Treiber und Hezer bringen wird. Das soziale Erwachen der indifferenter Arbeiter bedeutet den Anfang vom Ende der kapitalistischen Wirtschaft. Totengräber der kapitalistischen Wirtschaft sind also alle, die durch Gewaltmaßnahmen und Ausnahmegerichte den tüchtigen Arbeitern die Augen öffnen, die heute noch im guten Glauben an die Menschlichkeit des Kapitalismus diesem Ungeheuer geduldig Frondienste leisten. Wehe, wenn diese Geduld reißt!

## Terrorismus der Gelben.

Die Wahrheit kommt doch an den Tag! Die gelben Werkvereine sollten dem angeblichen Terrorismus der freien Gewerkschaften entgegenzutreten. Wenigstens gaben die Protokollen der Gelben — Unternehmer usw. — dies als Hauptgrund für die Gründung von gelben Vereinen an. Daß sie in Wahrheit nur gegründet wurden, um dem Unternehmertum willige und gefügige Arbeitskräfte jederzeit und unter allen Bedingungen zur Verfügung zu stellen, wurde natürlich verschwiegen. Schon in der Gründung der gelben Vereine, die auf das Gebot der Unternehmer entstanden, lag kapitalistischer Terrorismus. Fortzeugend mußte dieser Terrorismus in den Vereinen selbst immer schlimmere Formen gebären. Daß dies der Fall, ist jetzt mit aller Schärfe festgestellt worden und zwar von seiner geringeren Gruppe der Arbeiter als von der Werkmeisterorganisation.

Die in Düsseldorf erscheinende „Werkmeister-Ztg.“ Organ des Deutschen Werkmeisterverbandes beschäftigt sich in einem langen Leitartikel mit der Stellung der Werkmeister zu den Gelben und deren Treiben gegen der genannten Betriebsbeamten. Der Artikel ist wirklich ein Zeichen der Zeit, ein protozierender Ausschrei über die

unser öffentliches Leben. Lorrumpierende gelbe Sünde. Der Protokoll ist so beachtenswert, weil das Organ der Werkmeister sich selber als eine Vorkühlerin solcher Beamten bezeichnet, die auf ein vertrauensvolles, friedliches Verhältnis zu den „Herren Arbeitgebern“ den größten Wert legen.

Einleitend schildert das Blatt den Werkmeister als einen Puffet, der sich zwischen Unternehmer und Arbeiter befindet und es „rechts und links“ recht machen soll. Der Werkmeister bedürfe einer autoritären Stellung gegenüber den Arbeitern. Das wird mit uns wenig imponierenden „Standesansprüchen“ begründet. Doch das ist Nebensache. Die Bekenntnisse der „Werkmeisterzeitung“ erhalten erst da eine zeitgeschichtliche Bedeutung, wo sie beginnt zu schillern, „daß man jetzt versucht, ihn (den Werkmeister) mit allen Mitteln zum Mitglied der Werkvereine zu zwingen!“ Der Geschäftsführer des Verbandes Thüringer Metallindustrieller, ein gewisser Dr. Riesind, hat in der „Arbeiterzeitung“ geraten, die Angestellten gelb zu organisieren. Die Werkmeister befänden sich heute in Abhängigkeit von den Mitgliedern der freien Gewerkschaften, müßten sich diesen oft zum Schaden des Betriebes gefügig zeigen, um „Verfolgung und Schädigung“ zu vermeiden. Auf diese Frechheit antwortet die „Werkmeisterzeitung“ zunächst, geräde die Geschäftsführer der Arbeitgeberverbände verschärften durch ihre Scharfmacherei, die sich gegen die Verhandlung mit Gewerkschaften wende, die sozialen Kämpfe:

Diese Geschäftsführer geben den Ton in den Arbeitgeberverbänden an, auf ihr Konto sind viele Kämpfe und wirtschaftliche Schädigungen der Nation zurückzuführen, deren Schlichtung auf friedlichem Wege ohne weiteres möglich war!

Das stimmt! Es ist gut, daß dies gerade von dieser Seite einmal festgestellt wird, wie wir dies schon oft getan haben. Sobann schreibt die „Werkmeisterzeitung“ weiter:

Das... was Herr Dr. Riesind über die freien Gewerkschaften schreibt, trifft nur außerordentlich selten und nur im geringen Umfange zu. Die gleichen Worte gelten aber im verstärkten Maße für die Werkvereine. Viele Werkmeister, in deren Betrieben (gelbe) Werkvereine sind, die sich ihrer Macht bemußt haben, fürchten für ihre Existenz, wenn sie nicht willkürliche Mitglieder der Werkvereine werden. Zweifellos ist es, daß sich die Verhältnisse noch zuspitzen, wenn dem nicht endlich seitens der Arbeitgeber (!) Einhalt getan wird... Der Werkmeister muß Mitgliedern der Gewerkschaften genau so unparteiisch wie Mitgliedern der Werkvereine gegenüberstehen.

Heute ist aber die Kündigung eines untauglichen, widerstandstüchtigen Mitgliedes der (gelben) Werkvereine fast unmöglich! Würde sie wirklich ausgesprochen, dann würde sie vom Vorgesetzten einfach zurückgenommen!“

Damit wird nur bestätigt, daß die Unternehmer Gründer und Schützer der gelben Vereine sind. Wie bei Streikbrechern drücken sie ein, nein! beide Augen zu, wenn ein Gelber ein schlechter Arbeiter und ein Frechling dazu ist. Je frecher er gegen freie Gewerkschaften sich benimmt, um so beliebter ist er bei dem Unternehmer. Einem solchen „Arbeiter“ darf nicht gekündigt werden!

„Die Mittel“, schreibt ferner die „Werkmeister-Ztg.“, mit denen man die Beamten in die Werkvereine zwingt, „sind nichts weniger als vornehm, durchweg untertänig, oft sprechen sie allen guten Sitten Hohn“:

Stets übt man auf den Werkmeister in der einen oder anderen Art einen Druck aus, droht ihm mit der Kündigung, mit Existenzschädigung usw., stellt ihm zuweilen auch keine Lohnaufbesserung in Aussicht, verleiht ihn in Abteilungen, die allgemein als Strafposten gelten, kurz und gut, übt einen Druck aus seine Überzeugung aus, der durchaus unzulässig ist. Auch der Arbeitgeber sollte es sich zur Aufgabe machen, alles zu tun, um die freie offene Bestimmung, deren sich jeder Werkmeister beteiligen sollte, zu schützen. Er sollte die Selbstachtung seines Werkmeisters auch seinerseits dadurch achten, daß er ihm freie Hand darin läßt, wenn er sich anschließen will. Er sollte die Wertschätzung des Werkmeisters nur von seiner Arbeitsleistung abhängig machen! So aber knebelt man die Überzeugung, wenn alles geschieht, um durch alle möglichen Mittel die Werkmeister zu gefügigen Organen zu machen, sie zu Mitgliedern der Werkvereine zu zwingen.

Derartige Nachenschaften sind natürlich nicht geeignet, Werkmeister zu überzeugungstreuen Vertretern der Arbeitgeber zu erziehen. Sie können als Werkmeister auch gar nicht die Interessen der Arbeitgeber vertreten, also ihnen gegenüber einmal ein offenes Wort reden, wenn es das Interesse des Betriebes erfordert, die Arbeiterschaft also nicht die Anforderungen erfüllt, die bei einem geordneten Betriebe erste Voraussetzung ist. Ein offener und freier Charakter muß auch dem Arbeitgeber erwünscht sein. Man kann es den verschiedenen Kollegen allerdings nachempfinden, wenn sie schließlich auch solch einem Zwange sich fügen, sich also, um endlich allen Drangsalen aus dem Wege zu gehen, den Werkvereinen anschließen. Trotzdem muß dagegen unbedingt Einspruch erhoben werden. Das liegt nicht nur im Interesse der Kollegen selbst, sondern auch im Interesse der Industrie, des ganzen Volkes. Der Ausdruck „Ruppreuße“, der für solche Angestellte geprägt ist, sagt zu dem ohne weiteres, worum es sich handelt, wie in solchen Wert-

bestellen gearbeitet wird. Herr mandas von den besten...  
Staubend, welche Mittel manchmal angewendet werden, um das Rückgrat der Werkmänner...  
der Arbeiter angeordnet ist, zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Die von ihm hergestellten Produkte werden...  
geteilt, überall findet man etwas auszusehen, auch dann, wenn die Arbeiten, die der Werkmeister früher lieherte, absolut einwandfrei waren. Die Mitglieder der Werksvereine machen dem Werkmeister allerhand Schwierigkeiten, nur um ihn zum Beitritt zu zwingen. Er werden gute Arbeiter in der Abteilung, die der Werkmeister angelernt hat, auf die er sich verlassen hat, nach und nach in andere Betriebe versetzt, nur damit seine Arbeit nicht mehr einwandfrei ist, damit ihm bewiesen wird, daß er nicht mehr den gestellten Anforderungen entspricht. Es ist auch nichts Seltenes, daß dem Werkmeister mit der Kündigung gedroht wird, wenn er dem Werkvereln nicht beitrifft. Das sind Zustände, wie sie schlimmer nicht gedacht werden können.

Das schreibt das Organ der Beamten, die, wie das Blatt selber, sich oft in unschöner Weise gegen die freien Gewerkschaften wenden und die nun empfinden, welche elerner, entwürdigender Zwang gegen sie ausgeübt wird. Es muß wirklich arg getrieben werden in den gelben Vereinen, wenn die Entrüstung der Werkmänner sich an die Öffentlichkeit wagt.

Nun darf aber nicht etwa angenommen werden, daß derartige Entrüstungsschreie Wandel schaffen werden. Unter der Antreibung der Unternehmer wird die gelbe Freiheit sich nur immer mehr spreizen. Das muß freilich dazu führen, daß selbständige und anständige Arbeiter mit Abscheu von einer Vergiftung und Demoralisierung der Arbeitsverhältnisse sich abwenden, die fähig nicht ohne Einfluß auf die Qualität der Arbeit sein kann.

Je toller es aber die Gelben und ihre Protektoren treiben, um so eher muß dieses terroristische System zusammenbrechen. Bewirkt es doch jetzt schon, daß jeder Einschüchterer der Schwindel durchschaut; wie die falsche Beschuldigung der freien Gewerkschaften so frech hinausgeschrien wird, weil damit der wirkliche Terrorismus der Unternehmer und ihrer Helfershelfer verdeckt werden soll.

### Vom Streik der italienischen Tabakarbeiterinnen.

In der „Gleichheit“ schreibt Angelika Balabanoff über den Streik der italienischen Tabakarbeiterinnen folgendes:

„Nach 2 Monaten zähen Kampfes haben die Tabakarbeiterinnen Italiens die Arbeit wieder aufgenommen, ohne daß sie einen greifbaren Erfolg erzielt hätten. Der äußere Anlaß zu diesem bitteren Entschluß war der Generalstreik, der als Protest gegen die Arbeitermezelei in Ancona in ganz Italien ausgebrochen war. Unter diesen Umständen konnten die Tabakarbeiterinnen nicht mehr auf die materielle Solidarität der Arbeiterklasse rechnen. Der innere Grund aber, der die Arbeiterinnen zum Abbrechen des Ausstandes zwang, war zweifellos der Mangel an Organisation. Wären die Tabakarbeiterinnen gut organisiert, so hätten sie ihren Kampf für eine menschenwürdige Existenz nicht aufgeben müssen. Von den 16 500 Streikenden waren kaum 3000 organisiert. Trotzdem war die Ausdauer und Disziplin der Streikenden bewundernswürdig. In Mailand, Modena, Florenz, Lilla, Venedig, Gestrir-Ponente, Chiaravalle, Neapel, Bari, Catania, Palermo, Turin, Bologna, das heißt in sämtlichen Tabakfabriken, ist die Produktion zwei Monate lang stillgestanden, ohne daß sich Streikbrecherinnen gefunden hätten. Die wenigen Sortierinnen, die als „privilegierte“ Arbeiterinnen nicht sofort in den Ausstand treten wollten, büßen das jetzt noch durch die Art und Weise, wie sie von den zur Arbeit zurückgekehrten Proletarierinnen behandelt werden. Nicht selten kommt es sogar zu Tätlichkeiten gegen sie.“

Der Streik hatte dadurch besondere Wichtigkeit, daß er einen politischen Charakter trug. Die Tabakarbeiterinnen haben es nämlich in Italien nicht mit privaten Kapitalisten zu tun, sondern mit dem „Vater Staat“ selbst, der als Unternehmer sie ausbeutet. Dieser Umstand hat die Agitation belebt und befeuert, wozu die Debatten in der Kammer tüchtig mitgeholfen haben, die dank der Interpellation unserer Genossen veranlaßt wurden. Die Hauptforderung der Tabakarbeiterinnen bestand in der strikten Durchführung des Siebenstundentages, der bereits 1904 eingeführt wurde, aber allmählich zur Ausnahme geworden war. Der Finanzminister schwor der Kammer hoch und heilig, der Staat könne keinesfalls die Forderung der Arbeiterinnen erfüllen, sie werde eine Mehrausgabe von drei Millionen Lire erfordern, weil das Arbeiterpersonal vermehrt und neue Betriebsräume gebaut werden müßten und dergleichen mehr. Nach seiner löstpieligen kolonialen „Groberung“ kann sich selbstverständlich der italienische Staat einen solchen Luxus nicht erlauben, der die Sterblichkeit unter den 16 500 Tabakarbeiterinnen vermindert hätte, deren Leben so billig ist! Für den Augenblick konnten die Arbeiterinnen die Anerkennung ihrer Forderung nicht durchsetzen, aber sie haben den festen Willen nicht aufgegeben, den Staat zur strengen Durchführung des siebenstündigen Arbeitstages zu zwingen; sie sind entschlossen, unter günstigeren Umständen den Kampf wieder anzunehmen.

Von den übrigen Forderungen ist hervorzuheben, daß die Arbeiterinnen die erniedrigende persönliche Unterjochung abgelehnt haben wollten, der sie sooftmal am Tage unterworfen werden, damit kein Tabak, keine fertige Ware verunreinigt werde. Nach der Ansicht der Arbeiterinnen ist der Staat genügend gegen „Verunreinigung“ geschützt, wenn die Untersuchung gelegentlich erfolgt. Außerdem verlangten die „bevorzugten Staatsangestellten“ eine Lohnaufbesserung von 25 Prozent — ihr jetziger Verdienst beträgt im Durchschnitt 2,73 Lire (= 2,18 M., ungefähr so viel, wie die deutschen Tabakarbeiter durchschnittlich bei 10, 12, 14 und manchmal noch viel längerer Arbeitszeit verdienen. D. R.) bei achtstündiger Arbeitszeit — gleiche Lohnsätze

für die Tabakfabriken aller Orte, besseren Ausgleich zwischen Akkordlohn und Stundenlohn, Erhöhung des Beitrags, den der Staat zu der Altersversicherung zahlt, Pensionsberechtigung mit fünfzig Jahren für Arbeiter, mit 45 Jahren für Arbeiterinnen, Festsetzung der jährlichen Altersrente auf 1000 Lire für die Männer, auf 600 Lire für die Frauen. Diese letzteren Ansprüche gaben dem Minister Veranlassung zu der zynischen Bemerkung, daß die Frauen nur für eine Mühselig sorgen wollten, indem sie mit 45 Jahren ihre Pensionierung bei einer festen Jahresrente forderten denn in diesem Alter könne bei der leichtesten Beschäftigung der Tabakarbeiterinnen nicht von Arbeitsunfähigkeit die Rede sein. Es sei eine übertriebene Forderung, daß 25jährige Arbeit in der Tabakindustrie eine Altersrente zu beanspruchen, denn wenn man früh mit der Erwerbsarbeit beginne, so sei man nach 25 Jahren noch bei blühender Gesundheit.

So behandelt der Staat die Proletarierinnen, die ihm eine jährliche Einnahme von 333 Millionen erschaffen, denen nur Gesamtausgaben von 70 bis 80 Millionen gegenüberstehen, so daß ein Reinertrag von gegen 250 Millionen verbleibt. Der Mehrwert, den der Staat aus der „minderwertigen“ Arbeitskraft der Mädchen und Frauen herauspreßt, dient den höheren Zwecken der Bureaucratie und des Militarismus. Dabei ist zu bemerken, daß die Produktion in den Tabakfabriken stets wächst, daß die Preise der Zigarren und Zigaretten seit 1910 bedeutend gestiegen, die Produktionskosten aber infolge des größeren Absatzes verhältnismäßig gesunken sind. Trotz allem haben die Löhne seit 1908 keine Ausbesserung erfahren, während die Lebensmittel ganz bedeutend teurer wurden. Um seinen Profit zu steigern, hat der Staat seit zehn Jahren die Bearbeitung einheimischer Tabakblätter eingeführt, die viel mehr Zeit beansprucht, auch anstrengender und viel gesundheitsgefährlicher ist als die Verarbeitung amerikanischer oder orientalisches Rohprodukts. Der Staat macht dabei ein glänzendes Geschäft, kostet doch pro hundert Kilogramm das amerikanische Rohprodukt 130 bis 140 Lire, das orientalische 330, das einheimische jedoch nur 75 bis 90 Lire. Mit der Verwendung des einheimischen Tabaks hängt die gesetzwidrige Einführung des Achtstundentages und die Verbeibehaltung der Akkordarbeit zusammen, auf der der Staat hartnäckig besteht.

Obwohl die Tabakarbeiterinnen keine einzige ihrer Forderungen durchgesetzt haben, ist der moralische Erfolg des Streiks nicht zu verkennen. Die breiten Massen haben greifbar vor sich gesehen, wie das Vaterland seine rücksichtsbedürftigen Untertanen vor Ausbeutung schützt, besonders dann, wenn der Staat selbst als Ausbeuter auftritt. Die Arbeiterinnen aber haben sich überzeugt, wie notwendig eine kräftige Organisation ist.

Es ist nur zu begrüßen, daß den italienischen Tabakarbeiterinnen die Erfahrung gelehrt hat, daß eine Organisation notwendig, und daß die Beteiligten samt und sonders dieser Organisation angehören müssen. Das begreifen noch nicht einmal alle unsere deutschen Kollegen und Kolleginnen, die es, wie auch der Bericht lehrt, unter der Privatindustrie noch schlechter haben, die an Forderungen, wie sie die italienischen Monopolarbeiterinnen und -arbeiter stellen, gar nicht zu denken wagen.

### Rundschau.

**Fortführung der Jugendorganisation.** Die württembergische Regierung hat die Beschwerde der Arbeiterjugend-Organisation Stuttgart gegen ihre Zwangsschließung durch die Kreisregierung Ludwigsburg zurückgewiesen. Auch die Regierung ist der Ansicht, daß die Arbeiterjugendorganisationen politischen Charakter tragen. Die Schließung sämtlicher übrigen Arbeiterjugendorganisationen Württembergs sei bereits beschlossen worden, die Ausführung des Beschlusses jedoch bis zur Erledigung des angerufenen Verwaltungsstreitverfahrens ausgesetzt.

Und wie steht es mit den hurrapatrotischen Jugendorganisationen, die offensichtlich Politik betreiben?

**Städtische Subventionen für eine freie Gewerkschaft.** Die Stadtverordneten von Graudenz bewilligten in ihrer letzten Sitzung der dortigen Zahlstelle des Buchdruckerverbandes einen Betrag von 150 M. Die Summe wird als Zuschuß für drei organisierte Buchdrucker dienen, um ihnen den Besuch der Leipziger Ausstellung zu ermöglichen. Der Magistrat von Graudenz befürwortete die Vorlage und hauptsächlich seinem Eintreten ist die Bewilligung zu verdanken. Unseres Wissens ist es das erste Mal, daß in Westpreußen eine städtische Körperschaft einer Gewerkschaft Geld bewilligt.

**Gegen die Koalitionsheger** nahm der Gauborstand der evangelischen Arbeitervereine in Schlesien auf seiner Tagung in Sagan Stellung. In einer Resolution wird gesagt, daß die berufliche Organisation das einzig wirksame Mittel sei, um eine gerechte Regelung der Arbeitsverhältnisse zu erzielen. Nachdem den Mitgliedern der Anschluß an die christlichen oder kirchlichen Dunderschen Gewerksvereine empfohlen und der vielfach ausgeübte Organisationszwang der freien Gewerkschaften getadelt wird, heißt es ausdrücklich: „Die bestehenden Gesetze sind ausreichend, um bei Arbeitsstreitigkeiten Ausschreitungen zu verhüten.“

Den konservativen Schreibern nach Ausnahmegesetzen gegen die Sozialdemokratie wird diese Reueperung konservativer Wähler sehr unangenehm sein, obgleich die „ausreichenden“ Gesetze im Sinne der Ausbeuterparteien von Tag zu Tag schärfer gegen die Arbeiter gehandhabt werden.

**Wenn zwei das Beste tun . . .** Nichts ist den Unternehmern verhaßter als die von den Arbeitern geübte Solidarität. Arbeiter, die diese Solidarität brechen, sind ihnen die liebsten Elemente, und für deren Schutz verlangen sie drakonische Strafen. Ganz anders aber, wenn es sich

nicht um Arbeiter, sondern um Unternehmer handelt. Da wird strengste Solidarität als Ehrensache betrachtet und die schwerste wirtschaftliche Schädigung und gesellschaftliche Verachtung wird dem zugebilligt, der sich dieser Pflicht entzieht.

Ein verächtliches Urteil über die unsauberen Elemente, die auf Kollegialität und Solidarität pfeifen, bringt ein Unternehmerblatt, die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“. Diese Jammergestalten, die keine Solidarität kennen und die Gebote der Solidarität mit Füßen treten, beklagen sich über Mangel an Kollegialität, sie lehnen das Zusammenwirken mit den organisierten Berufsgenossen zu der Erzielung eines Tarifes rundweg ab. Werwürdige Leute, diese Schmaroherpflanzen, die die Früchte genießen wollen, ohne daß sie den Baum gepflanzt haben, die sich an den Tisch setzen, den andere gedeckt haben, die die Kastanien verzehren, die ihre organisierten Kollegen aus dem Feuer geholt haben. In dem harten, opferreichen Kampfe, den die organisierten Arbeitgeber zu führen haben, haben sie die Parole: „Wer nicht mit uns ist, der ist wider uns!“ auf ihre Fahnen geschrieben und nach diesem Grundsatz behandeln sie auch die Unorganisierten. Wer Solidarität fordert, muß Solidarität üben, wer Kollegialität in Anspruch nimmt, der muß selbst sein Tun nach den Geboten der Kollegialität einrichten. Aus wirtschaftlichen Gründen ist es Lebensfrage für jede Arbeiterorganisation, möglichst alle Berufsgenossen in sich zu vereinigen, da nur eine wahrhaft erfolgreiche Organisation die Gewähr des Erfolges bietet; aus moralischen Gründen ist es eine Pflicht für jeden Arbeitgeber, durch seinen Beitritt zur Organisation dafür zu sorgen, daß die Organisation lückenlos besteht. Hieraus ergibt sich die Stellung der organisierten Arbeitgeber zu ihren unorganisierten Kollegen ganz von selbst. Sollten wir etwa auf die Unkollegialität, auf das Schmaroherstum eine Prämie setzen? Das wäre ein ganz unbilliges Verlangen und ein Sohaus die soziale Moral.“

Das, was hier von den abstrahierenden Unternehmern gesagt wird, empfehlen wir den von den Unternehmern gebähten Hausvater zu Beachtung, auf die diese vernichtende Charakterisierung noch viel mehr zutrifft. Freilich, wenn ein Arbeiter an seinen Klassen-genossen zum Verräter wird, dann gilt das bei denselben Unternehmern nicht als ein „Sohn auf die soziale Moral“, und wenn eine Arbeiterzeitung über einen Streikbrecher ein so vernichtendes Urteil fällen wollte, dann würde der Chor der Scharfmacher über „unerhörten Terrorismus“ zetern.

**Der vaterlandslose Arbeitgeberbund.** Der Arbeitgeberbund und seine Organe haben oft die internationale Organisation der Arbeiter als Beweis dafür angeführt, daß dieser Arbeiterstaat jedes vaterländische Gefühl fehle. Auch als Beweis dafür, daß die Gewerkschaften sozialdemokratisch und nach scharfmacherischer Logik folglich vaterlandsfeindlich seien, wurde diese Tatsache ausgenutzt. Als dann auch die christlichen Gewerkschaften für sich eine internationale Verbindung schufen, da hieß es in den Scharfmacherblättern: Die „Christen“ sind nicht besser, sondern schlimmer als die Sozialdemokraten, weil sie zwar öffentlich anscheinend die Sozialdemokratie bekämpfen, aber heimlich doch in ihren Bahnen wandeln. Nach dieser Scharfmacherlogik ist nun auch der „Arbeitergeberbund für das Baugewerbe“ unter die Sozialdemokraten gegangen, weil er sich vor einiger Zeit der Bauunternehmer-Internationale angeschlossen hat. Was werden nun die verschiedenen Arbeitgeberzeitungen sagen? Werden sie den Arbeitgeberbund ob seiner vaterlandslosen Bestimmung zur Reue stellen oder gar dafür eintreten, daß er deswegen aus der Reihe der anderen Unternehmerorganisationen ausgestoßen wird? Mit rechten. Wenn sie sich überhaupt dazu äußern, dann werden sie haargenau nachweisen, daß die internationale Organisation der Unternehmer und überhaupt des Bürgertums nützlich, die der Geburts- und Geldaristokratie nötig und die der Monarchen unbedingt erforderlich sei. Woraus wir Arbeiter dann wieder einmal sehen können, daß die Phrase von den ausländischen Feinden Deutschlands nur dazu dient, daß das dumme Volk die Börse seiner inkudischen Feinde füllt.

### Berichte.

**Witz (S. A.).** Am 28. Juni fand hier eine Hausagitation in Verbindung mit den Altenburger Kollegen statt. Das Resultat ist für einen länderlichen Ort ein befriedigendes zu nennen, denn es gelang, rund 60 neue Mitglieder zu gewinnen. Ziemlich ist hier noch ein ganzer Teil Tabakarbeiter vorhanden, welcher dem Verbande noch fernsteht und nicht zu bewegen ist, diesem beizutreten. Es sind das in der Hauptsache Arbeiter der Schmidt'schen Fabrik, trotzdem dort die niedrigsten Löhne am Orte gezahlt werden. Da nun die Löhne dieser Firma ein Nidernis bilden für den weiteren wirtschaftlichen Aufstieg der hiesigen Tabakarbeiter, indem die anderen Fabrikanten bei Lohnforderungen stets auf die niedrigeren Löhne der Firma Schmidt verweisen, so muß es unsere vornehmste Aufgabe sein, die dortigen Verhältnisse genau zu untersuchen. Dieses können wir nur erreichen, wenn wir die dortigen Kollegen organisieren. Ein großer Schritt nach dieser Richtung ist durch die Hausagitation gemacht worden, da die neu gewonnenen Mitglieder fast ausnahmslos diesem Betriebe angehören. Es ist daher Pflicht aller hiesigen Kollegen und Kolleginnen, und es liegt in ihrem eigenen Interesse, dafür zu sorgen, daß sich auch der letzte Schmidt'sche Arbeiter dem Verbands angeschlossen; denn bevor dort die Verhältnisse nicht gebessert sind, kann auch in den übrigen Betrieben, so notwendig es ist, nichts unternommen werden.

**Stuttgart.** Hier tagte am 1. Juli eine öffentliche Versammlung aller in der Zigarren- und Zigarettenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Tagesordnung: Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Zigarren- und Zigarettenindustrie, neue Gewerkspläne und Monopolisierung der Zigarettenbranche. Kollege Gerloff-Dresden nimmt Bezug auf die geplante neue Besteuerung des ausländischen Tabaks, um die von den deutschen Tabakbauern und sonstigen Interessenten positioniert wird. Daß seit der Steuer von 1909 die Tabakindustrie sich noch nicht erholt habe, wisse jeder. An Hand reicher Zahlenmaterialien weist Reuber nach, daß der Lohn der Tabakarbeiter nicht gestiegen ist im Verhältnis zu den erhöhten Lebensunterhaltskosten. Der Lohn der Zigarettenarbeiter ist im Durchschnitt niedriger, wie der aller modernen Gewerbetreibenden, er ist auch niedriger wie der der Zigarettenarbeiter. Obwohl Produktion und Konsum der Zigarette kolossal



In der Sumatra-Einschreibung vom 10. Juli kaufte ich Vollblätter 1<sup>ter</sup>, 2<sup>ter</sup> und 3<sup>ter</sup> Länge aus den folgenden hochfeinen Partien:

Deli Maatschappy | Q B

Deli Maatschappy | P

S & R | B | Deli

Senembah Maatschy | K

Prachtvolle farbige zarte Rechtsroller in hellen und matten reinen Farben in niedriger Preislage. Spezialofferte erscheint in der nächsten Woche.

# Heinrich Franck

Berlin N 54, Brunnenstr. 22 Gegründet 1879

Rohtabak-Handlung

Bedarfs-Artikel für Zigarren-Fabriken

Bedarfs-Artikel für Zigarren-Geschäfte

## Großer Preissturz

SPB Ia Schweinefleisch ..... M. 2.45  
SPB Ia Holzener Holländer-Käse M. 2.65  
SPB Ia Thüringer Rotwurst ..... M. 4.70  
SPB Ia Landjägerwurst ..... M. 4.85  
SPB Ia geräuch. Rippenfleisch ..... M. 6.35  
SPB Ia geräuch. Rindfleisch ..... M. 5.45  
SPB Ia Schweinefleisch o. Knoch. M. 2.85  
SPB Ia Butter-Bastardfleisch o. Absch. 3.15  
Herrn in feinsten Qualitäten unter:  
Herrn Krasnan, Kartori (Robt.) Nr. 134a.

Unsern Kollegen Albert Engel  
schickte seinen lieben Brant, unserer  
Kollegin Marie Scholl zu ihrer  
am 5. Juli festgesetzten Ver-  
lobung die herzlichsten Glück-  
wünsche! Die Mitglieder der  
Gesellschaft (Lühringen).

## Carl Roland, Berlin SO

Reichenbergerstraße 4  
Für Herstellung von 1000 Stück  
feinen, schneeweiß brennenden Zi-  
garren offeriere ich:  
2 1/2 Pfd. Sumatra-Ein-  
blatt à 2 ..... M. 5.—  
5 Pfd. Garmen-Umblatt  
à 1.30 ..... 6.50  
6 Pfd. Longut à 1.05 ..... 6.30  
M. 17.80  
2 1/2 Proz. Skonto ..... 17.30

### Wollen Sie Ihren Betrieb verbessern oder neu einrichten,

dann beziehen Sie Ihre

Wickelformen,  
Arbeitsfische und  
Rollbretter, Nebel-  
pumpen, Bündelböcke  
Preßkästen, Pressen für  
Wickelformen u. Kisten  
Tabakschneidemaschinen  
Tabak-Reißmaschinen  
Tabakdauern, Trockenöfen  
Anleim-Maschinen  
Brenn-Pressen und  
Platten, etc. etc.

bei uns. Wir garantieren  
für **bestes Material**  
und **sachgemäße**  
**Ausführung.**

## L. COHN & CO

Berlin N  
Brunnenstr. 24

Gegr. 1870

Preisl. 24

## H. Edling

Bremen, Fernspr. 5482  
— anerkannt reelle, billige —  
Bezugsquelle für alle Sorten  
empfehlte

Sumatra-Decker (Ganzweiser)  
Grub) 180, 200, 220, 240, 260,  
280, 300, 320, 340, 360,  
400, 420, 450, 500 &  
Sumatra-Umblatt (Hollblatt) 140,  
150, 160, 170 &, (Stückblatt) 130,  
140, 150 &  
Java-Decker (hell) 270, 280, 300,  
350 &, (mittel) 200, 220, 240,  
260 &  
Java-Umblatt (leicht, Stoffbrennend)  
120, 125, 150, 140, 160, 170 &  
Java-Einlage 95, 100, 105, 110,  
115 &  
Vorstenland-Decker 180, 200, 220,  
240, 260, 270, 300, 320, 350 &  
Brasil-Decker 170, 180, 200, 220,  
230, 240 &  
Brasil-Einlage u. Umblatt 120,  
125, 130, 135, 140, 150, 160,  
170 &  
Geschnittene Einlage 110 &  
Garmen-Umblatt 105, 110, 120,  
130, allerfeinstes Umblatt 140 &  
Domlage (sehr leicht) 100, 105,  
110, 120, 130 &  
Longut 110, 120 &  
Longut (stättig) 95, 100 &  
Original-Wicklung 105, 110, 120 &  
Java 150, 200, 250, 300, 400 &  
Decker 350 &  
Tara-Guba (saure) 180, 200, 250 &

## Jacob Hirsch jr.

Mannheim B 1, 9. [10  
Alle Sorten im- u. ausländi-  
scher Tabake zu billigsten  
Tagespreisen, inkl. Zoll- u. Wert-  
steuer. Post-Versand per Nach-  
nahme. Ziel nach Uebereinkunft.  
bei Aufgabe von Ia. Referenzen.  
Versand nur gegen Nachnahme.

Rohtabak-Handlung  
Hengfoss & Maak  
Altona-Ottensen  
Filiale Berlin N.,  
Brunnenstraße 25. [26

Briefkasten.

Blatte 70 &



Ich bediene Sie  
**Reell, Billig u. Gut!**  
Machen Sie einen Versuch und  
fordern Sie zunächst kostenlose  
Offerte oder illustrierte Preisliste  
von der  
Ersten Spezial-Fabrik für  
Zigarrenfabrik-Utensilien

## W. Hermann Müller

Berlin O 27  
Magazinstraße 14

## Begriffsstutzig oder boshalt?

Oft genug ist von den Unternehmern und deren Presse behauptet worden, daß der große Kampf, der sich in der Tabakindustrie des westfälischen, sowie des Hamburger und Bremer Gebietes abspielte, für die Arbeiter ohne Erfolg beendet worden ist; ebenso oft haben wir für jeden, der Tatsachen prüfen kann und will, nachgewiesen, daß diese Behauptung durchaus falsch ist. Neuerdings sieht die Deutsche Arbeiterzeitung in ihrer Nr. 27, vom 5. Juli 1914, noch einmal die alte Mär von der Niederlage der Tabakarbeiter in dem genannten Kampfe auf. Wir haben ja nichts dagegen, wenn die Unternehmer, die anfangs der Bewegung mit vollen Waden in das Horn bliesen, einen bescheidenen Trost für ihre Niederlage suchen, aber man muß doch den Mund nicht so weit aufmachen, zumal die Sache der Unternehmer dadurch keineswegs besser wird und der denkende Leser höchstens darüber im Zweifel ist, ob er die ewige Wiederholung von dem unbedingten Siege der Fabrikanten nicht als einen Mangel des Intellekts oder als Bosheit betrachten soll.

Die Streikstatistik der Gewerkschaften muß diesmal zum Unlutz dienen, die Wahrheit über den Ausgang des Kampfes zu verdrehen. Die Arbeitgeber-Zeitung schreibt nämlich:

Wir haben stets alle diejenigen, welche es angeht, gewarnt, dem Material, welches die freien Gewerkschaften über die Lohnbewegungen veröffentlichen, allzu viel Beweiskraft beizumessen. Wie begründet diese Warnung ist, dafür konnte der Münchener Gewerkschaftslogengreih einen schlagenden Beweis liefern.

Wie unseren Lesern aus unseren mündlichen Mitteilungen erkennlich sein wird, streikten die Tabakarbeiter in Lemgo und Wotho im Jahre 1911. Nach drei Wochen traten die sozialdemokratisch organisierten Tabakarbeiter Westfalens, und Hamburgs in einen Sympathiestreik oder wurden ausgesperrt. Die Zahl der Feiernden betrug bald gegen 14.000. Die Generalkommission der Gewerkschaften will nun nach dem Bericht ihres Kassierers („Vorwärts“ Nr. 168) durch eine Umlage von 25 1/2 wöchentlich bei den Gewerkschaften „den Streik zu einem guten Ende“ geführt haben.

Wenn hier von einem guten Ende gesprochen wird, dann darf man gespannt darauf sein, wie der Ausgang eines Kampfes aussehend muß, damit dieser als schlecht bezeichnet wird. Hier haben wir es offenbar mit einer Bescheidenheit zu tun, die sonst nicht die gute Eigenschaft der Gewerkschaftsleitung zu sein pflegt. Der Streik dauerte für die Lemgoer und Wothoer Tabakarbeiter volle 16 Wochen, 13 Wochen waren die Mitstreikenden (über 13.000) arbeitslos. Und das Resultat? Nach der sozialdemokratischen „Holzarbeiterzeitung“ Nr. 3 vom 20. Januar 1912 erhielten die Zigarrenmacher für 1000 Zigarren auf 59 Sorten 25 1/2 Zulage, auf 49 Sorten 50 1/2 und auf 2 Sorten „sogar eine Mark“. Außerdem bekam „ein Arbeitsmann in der Woche eine Mark mehr“; bei einer Firma „hörte vom 1. April 1912 das Ungeheuer der Rissen auf“; einige Sorten erhielten für 12 Sorten noch 5 bis 10 1/2 und bei einer Sorte 25 1/2 Zulage; ob bei einer anderen Fabrik noch für eine Spezialsorte auf das Tausend 40 1/2 bewilligt wurden, blieb im Unklaren.

Und wieviel kosteten „diese Zugeständnisse“, die noch dazu im wesentlichen vor Ausdruck des Lohnkampfes bereits bewilligt worden waren, den Arbeitern? Der Lohnverlust der Streikenden betrug über 2 Millionen Mark. Durch Umlage der Gewerkschaften und von dem Tabakarbeiterverband wurden zur Streikunterstützung über eine Million Mark aufgebracht. Und diese Summen wurden vergeudet, um den Unternehmern zu zeigen, daß die Tabakarbeiter nicht „mit sich spaßen lassen“. Denn „das gute Ende“, von dem der Berichterstatter auf dem Gewerkschaftslogengreih in München seinen gläubigen Zuhörern zu berichten suchte, war eine so glatte Niederlage, wie nur denkbar. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte auf der ganzen Linie (sogar in den Bedingungen) ohne daß auch nur das geringste erreicht worden war.

In der freigewerkschaftlichen Statistik wird der Ausgang des Streiks der Tabakarbeiter als „erfolgreich“ gebucht. Somit hätten die Ausführungen des Berichterstatters auf dem Gewerkschaftslogengreih keinen Sinn. Ein beachtenswerter Beitrag zu der Beurteilung der Frage, welcher Wert der freigewerkschaftlichen Streikstatistik beizumessen ist.

Stellen wir also noch einmal den Sachverhalt fest: In Lemgo und Wotho streikten bei einigen Firmen die Tabakarbeiter, weil ihre Forderungen auf Lohnerhöhung nicht bewilligt worden waren. Bisher hatte der westfälische Zigarrenfabrikanten-Verband sich um solche partielle Kämpfe nicht gekümmert. Plötzlich diktierten die vereinigten Fabrikanten die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit, oder — es solle die Aussperrung sämtlicher organisierter Tabakarbeiter im Bereich der Fabrikantenorganisation erfolgen. Demnach konnten die Fabrikanten, und mit ihnen die Arbeitgeber-Zeitung, nur von einem Sieg ihrerseits reden, wenn die Tabakarbeiter die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen. Das haben sie aber weder zu Beginn noch zum Schluß des Kampfes getan! Die Tabakarbeiter, die bei einer Wothoer Firma und bei fünf Lemgoer Firmen um Lohnerhöhung die Arbeit eingestellt hatten, sind von dem W. C. B. nicht niedergebzwungen worden, sie haben ihre Forderung teilweise durchgesetzt, obgleich der W. C. B. erklärte, daß angesichts der Geschäftslage den Forderungen auch nicht einmal teilweise entsprochen werden könne. Die Bewilligungen, wie sie die Notiz der Arbeitgeber-Zeitung ausführt, waren eben jene, die der verhältnismäßig kleinen Zahl von Tabakarbeitern, die in Wotho und Lemgo kämpfte, und um die sich der große Kampf entspann, gemacht wurden. Sieht man also ganz ab von dem Ausgang der Aussperrung, so kann niemand bestreiten, daß in Wotho und Lemgo ein Erfolg erzielt wurde. Daß dieses Resultat gegen den Willen des gesamten W. C. B. und trotz seines Gewaltstreiches der Aussperrung erreicht wurde, erhöht noch seinen Wert.

Der Kampf hat aber den Tabakarbeitern noch mehr gebracht als den Erfolg der ursprünglich in Wotho und Lemgo Streikenden. Nachdem der Stein des Anstoßes in Wotho und Lemgo, der die Ursache der Aussperrung der Tausende organisierter Tabakarbeiter war, durch Bewilligung der Fabrikanten aus dem Wege geräumt war, wurden noch weitere Bedingungen

zur Beendigung des Kampfes von den Arbeitern gefordert. Also die Organisationen hatten noch Kraft genug, nach einem Kampf von 12 Wochen mehr zu fordern, als zu Beginn gefordert wurde. Es wurde ja überhaupt nichts generell gefordert; im Gegenteil forderten doch die Fabrikanten, und zwar die bedingungslose Aufnahme der Arbeit bei den paar Firmen in Wotho und Lemgo. Und nicht nur, daß die paar Fabrikanten, sondern der ganze W. C. B. in diesen beiden Orten nachgab, sie gaben auch nach in Bezug auf jene Forderungen, die die Arbeiter schließlich für die generelle Beendigung des Kampfes zur Bedingung machten. Unter Nr. 3 der Friedensbedingungen heißt es nämlich: „Nach Beendigung der Aussperrung und nach Wiederaufnahme der Arbeiten wird der westfälische Zigarrenfabrikanten-Verband seinen Mitgliedern empfehlen, freiwillig in den einzelnen Betrieben seines Bezirks in eine Revidierung der Löhne zu Anfang des kommenden Frühjahrs einzutreten.“ Sehen wir von der Einleitung dieses Zugeständnisses ab, so ist es aber doch für jeden, der lesen kann, und besonders für den, der die Situation überhaut, ohne weiteres klar, daß mit diesem Zugeständnis die Lohnfrage zu einer allgemeineren gemacht wurde und daß es sich dabei doch unbedingt um Lohn erhöhungen handeln mußte. Obwohl also von Lohnfragen und Lohn erhöhungen allgemein zu Anfang des Kampfes keine Rede war und die Fabrikanten sich gezwungen sahen, trotzdem in Nr. 3 der Friedensbedingungen einzuwilligen, wollen und sollen sie immer noch die Schlacht gewonnen haben! Da glaubt man, Tatsachen und Logik verdrehen und dann dreist gegen die Streikstatistik der Gewerkschaften losziehen zu können!

Doch wir wollen noch einige Beweise gegen die Schreiberlei der Arbeitgeber-Zeitung ins Feld führen. Wenn die Tabakarbeiter den Kampf ohne Erfolg geführt hätten, wie die Arbeitgeber-Zeitung glauben machen will, wie konnte es dann möglich sein, daß die im W. C. B. organisierten Firmen sich gezwungen sahen, nach Beendigung der Aussperrung die „freiwilligen“ Lohnerhöhungen einzutreten zu lassen? Man muß sich vergegenwärtigen, daß die Aussperrung ja gerade unternommen wurde, um den geforderten Lohnsteigerungen ein Paroli zu bieten. Es kommt doch wirklich nicht von ungefähr, wenn im Bezirk des W. C. B. nach dem Kampf in 175 Betrieben mit 9533 Arbeitern (davon 4619 weiblichen) die Löhne „revidiert“ werden, daß heißt Lohnaufbesserungen, neben anderen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen stattfinden. Das ist in der Tat geschehen, und wo es nicht flott genug ging, hat die Organisation der Tabakarbeiter nachgeholfen.

Vielleicht dürfen wir auch aufwarten mit den Neuierungen des Münchener Gewerbeaufsichtsamtes im Bericht für 1912. Es heißt dort:

Die im letzten Viertel des Jahres 1911 erfolgte Aussperrung von Arbeitern in der hiesigen Zigarrenindustrie (vergl. Jahresberichte für 1911, S. 401) endete Mitte Januar des Berichtsjahres nach längeren Verhandlungen. Der westfälische Zigarrenfabrikanten-Verband verpflichtete sich, seinen Mitgliedern zu empfehlen, freiwillig in den einzelnen Betrieben eine Nachprüfung der Löhne zu Anfang des Frühjahrs vorzunehmen. Im übrigen sollten Maßregelungen von Arbeitern unterbleiben und bis zum 1. Mai 1912 neue Arbeiter nicht angenommen werden, solange nicht die früher beschäftigten wieder eingestellt seien oder sonst Arbeit gefunden hätten. Da in einer nicht unerheblichen Anzahl von Zigarrenfabriken die vom Fabrikantenverband empfohlene Nachprüfung der Löhne im Frühjahr ein greifbares Ergebnis für die Arbeiter nicht zeitigte, oder die gemachten Zugeständnisse der Arbeitern nicht genügt, traten die Arbeiter dieser Betriebe ihrerseits mit Lohnforderungen hervor. Wenn auch in vielen Fällen eine baldige Einigung ohne Niederlegung der Arbeit erzielt wurde, so kam es doch aus diesem Anlaß in einzelnen Fällen zur Aussperrung der Arbeiter und in einer Reihe von Betrieben zu mehrwöchigen Streiks, die meist mit mehr oder minder großen Zugeständnissen seitens der Arbeitgeber endeten.

So kräftig „besiegt“ waren also die Tabakarbeiter, daß sie gleich nach Beendigung der Aussperrung die Fabrikanten zwangen, den Punkt 3 der Friedensbedingungen durch Lohnerhöhungen anzuerkennen. Ist es schon rätselhaft, wie die „liegenden“ Fabrikanten zuerst den Stein des Anstoßes (Wotho, Lemgo) aus dem Wege räumten, dann auf eine Reihe Bedingungen eingingen, von denen Nr. 3 besonders hervorgehoben zu werden verdient, so kann man schon gar nicht begreifen, weshalb der W. C. B., der doch durch die Aussperrung den Lohnforderungen einen Kiegel vorschieben wollte, nicht sofort nach der Aussperrung die „besiegten“, also „am Boden liegenden Tabakarbeiter“, mit ihren Forderungen in die Schranken verwies und erneut darauf losging.

Aber das ist es eben, und die Arbeitgeber-Zeitung mag sich gesagt sein lassen: Auf dem Papier lassen sich die brillantesten Siege erkämpfen, ebenso mit dem Munde, doch die Tatsachen sprechen eine deutlichere Sprache. Schließlich kommt es darauf an, wer am ehesten mit seiner Kraft Matthäi am letzten ist. In diesem Falle ist, wie wir gezeigt haben, sowohl der formelle, wie der tatsächliche Beweis denklich genug, daß die Tabakarbeiter den Erfolg davongetragen haben. Und deshalb ist auch die Streikstatistik der Gewerkschaft nicht anzusehen.

## Die Tabakarbeiter in Portoriko.

Präsident Perkins vom amerikanischen Zigarrenmacherverband wurde von seiner Organisation beauftragt, die Verhältnisse in Portoriko zu studieren, insbesondere die Organisationsbedingungen der dortigen Tabakarbeiter zu fördern. Mit ihm reiste auch Samuel Compers, der Präsident der Federation of Labor nach Portoriko, ebenfalls im Auftrage, um die Gewerkschaftsbewegung dort vorwärts zu bringen. Die Reise fand im März d. J. statt. Portoriko mit seiner starken Tabak- und Zigarrenproduktion hat für die Zigarrenindustrie der Vereinigten Staaten eine große Bedeutung, namentlich, seitdem es vor 14 Jahren nach dem Kriege zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien in den Besitz der letzteren überging. Die amerikanischen Kapitalisten benutzen die infolge niedriger Lebenshaltung geringen Löhne der Arbeiter in den neuen Gebieten (siehe Philippinenfrage!), billig zu produzieren und die dort hergestellten Waren auf den amerikanischen Markt zu werfen. Das ist besonders in der Zigarrenindustrie der Fall, denn sowohl Portoriko, wie Cuba und die Philippinen haben bekanntlich stark entwickelten Tabakbau und lebhaftere Zigarrenindustrie. Natürlich fühlen sich die amerikanischen Tabakarbeiter in ihren Existenzverhältnissen bedroht. Es ist nun interessant, was Perkins über seine Reise in der Matnummer des Zigarrenmachers-Journals berichtet. Er schreibt:

Wir hatten Volksversammlungen und sprachen zu Tausenden arbeitender Männer und Frauen in zwanzig verschiedenen Plätzen, sozusagen an jedem Punkte der Insel, wo irgend Industrie vorhanden war. Die Zeit war kurz und die an uns gestellten Anforderungen groß; wir waren gezwungen, an einigen Orten in einem Abend zwei Versammlungen abzuhalten und mußten Tagsüber an zwei oder drei Plätzen, die wir passierten, ebenfalls Versammlungen abhalten. In vielen Orten war sozusagen die ganze Stadt auf den Beinen; Zudeckplantagen und Zigarrenfabriken wurden geschlossen, weil die Arbeiter einen Feiertag erklärten, um an den Versammlungen teilnehmen zu können. In verschiedenen Plätzen waren sogar die Volksschulen geschlossen. In Ponce war die einzige größere Halle, welche sich zur Versammlung eignete, ein Theater; dieses war gemietet für eine Massenversammlung, aber die Zigarrenmacher an diesem Orte wollten für sich eine Versammlung haben und es gelang, die Kirche zu erhalten. Die Zigarrenmacher kamen zu dieser Versammlung in Massen heran. Ich redete in Versammlungen in folgenden Plätzen: Puerto de Triana, San Juan, Bayamon, Vega-Aja, Manati, Arcebo, Aguadilla, Ponce, Cayah, Tabucoa, Humacao, Juncos, Caguas, Bayamon und San Juan. Ferner sprach ich auf der Abschlechtsversammlung in San Juan, einberufen durch die Central-Labor-Union.

Zu diesen Massenversammlungen brachten wir das Evangelium des brüderlichen guten Willens und Trade Unionismus zu Tausenden von willigen Zuhörern. In vielen Fällen waren wir gezwungen, die Versammlungen unter freiem Himmel abzuhalten, weil keine Halle da war, die groß genug gewesen wäre, die zugeströmten Massen zu fassen. So waren wir in Arcebo gezwungen, die Versammlung auf dem Platze des Ortes abzuhalten, denn das gemietete Theater war schon lange vor Beginn der Versammlung berichtigt überfüllt; daß die Polizei erklärte, die Versammlung könne nicht darin abgehalten werden, weil bei dem ungeheuren Andrang die Sache gefährlich sei.

Portoriko wurde seit Jahrhunderten durch die Spanier ausgebeutet, jetzt wird es ausgebeutet durch reiche Amerikaner, Korporationen und Trusts, genau so rücksichtslos und brutal, als unter spanischer monarchischer Regierung. Der amerikanischen Tobacco Company gehört nahezu alles Land, das sich zur Bewandung mit Tabak eignet. Vor 16 Jahren, als Portoriko von den Vereinigten Staaten übernommen wurde, habe ich erklärt, daß der Tobacco Trust in Portoriko dominieren würde, die ganze Tabak- und Zigarrenindustrie der Insel in seine Hand bekommen würde, zum Schaden der Tabakarbeiter in den Vereinigten Staaten. Wir haben auch damals beim Kongress Protest eingelegt gegen die freie Einfuhr der Produkte der Insel in die Vereinigten Staaten. Unsere Befürchtungen wurden abgewiesen, man sagte uns, wir wären unndingweise alarmiert worden. Die Tatsachen beweisen aber, daß unsere Befürchtungen zu der Zeit berechtigt waren. Vor der amerikanischen Besetzung wurden in Portoriko 9500 Acker Land mit Tabak bepflanzt, zu der gegenwärtigen Zeit werden 28.000 Acker Land mit Tabak bepflanzt; und dieses Land gehört zum größten Teile dem Trust, der amerikanischen Tobacco Company. Zur Zeit der amerikanischen Besitzergreifung waren in der Tabakindustrie, in den Feldern und Fabriken und als Zigarrenmacher 3700 Personen beschäftigt. Diese wurden aber nicht fortgesetzt beschäftigt. Zur gegenwärtigen Zeit werden ungefähr 20.000 Personen beschäftigt, davon allein 9000 als Zigarrenmacher. Zur Zeit der amerikanischen Besetzung betrug der Wert der jährlich von Portoriko nach den Vereinigten Staaten eingeführten Zigarren 300.000 Dollar. Gegenwärtig beträgt der Wert der jährlichen Einfuhr an Zigarren 5 Millionen Dollar. Kurz vor der amerikanischen Besetzung der Insel erhielten die Zigarrenarbeiter, die in den kleinen Fabriken arbeiteten, wöchentliche von 3-4 Dollar. Gegenwärtig erhalten die Zigarrenarbeiter in den kleinen Fabriken wöchentliche von 2 Dollar 50 Cent bis 3 Dollar 50 Cent.

In den größeren Fabriken erhielten die Zigarrenarbeiter vor der Besetzung 8-10 Dollar wöchentlich, gegenwärtig erhalten sie in den größeren Fabriken 5-12 Dollar wöchentliche. Es wird behauptet, daß seit Besetzung der Insel durch die Vereinigten Staaten die Kosten für den Lebensunterhalt der Arbeiter um über 100 pzt. gestiegen sind, speziell für Wohnungsmieten. Ich glaube, daß dieses vollständig auf Wahrheit beruht. Gegenwärtig sind in der Tabak- und Zigarrenindustrie eine große Zahl Frauen und Kinder beschäftigt. Portoriko ist ungefähr 3606 Quadratmeilen groß (Englische Meilen). Die Insel ist hundert Meilen lang und 33 Meilen breit. Die Bevölkerung ist fortgesetzt gestiegen, von 550.000 auf 1.200.000. Der Handelsumsatz ist gestiegen jährlich von 17 Millionen Dollar auf 92 Millionen Dollar.

Der Trust, die amerikanische Tobacco Company, befolgt in Portoriko dieselben Methoden wie in den Vereinigten Staaten. zuerst werden Frauen und Kinder eingestellt unter dem System des Widelmachens und Kollens; dann beginnt das alte Spiel, indem man die Fassons ändert, um so allmählich die Löhne zu verringern.

Gegenwärtig ist ein großer Teil unserer Mitglieder im Streik begriffen gegen die Porto Rican American Tobacco Company, den Trust. Sie verlangen eine menschlichere Behandlung, gute Arbeitsverhältnisse und höheren Lohn. Vor meiner Ankunft auf der Insel verweigerte der Trust überhaupt mit unseren Vertretern zu verhandeln. Es hatte eine Konferenz stattgefunden, die vom Gouverneur der Insel arrangiert war. In dieser Konferenz hatte man den armen Leuten, die für Verbesserung ihrer Lage kämpften, einfach den Rat erteilt, die Arbeit wieder aufzunehmen. Am 30. März gelang es mir, eine Konferenz mit den Vertretern der Porto Rican American Tobacco Company zu arrangieren, in den Officerräumen des Trusts in San Juan. Von unserer Seite nahmen an den Verhandlungen teil, Samuel Compers, Generalorganisator Iglesias, Organisator Martinez, sowie das gesamte Streikkomitee. Vom Trust war der Vizepräsident James Freese mit seinen Vertretern zur Stelle. Die ganze Frage wurde aufgerollt und durchdiskutiert. Die Vertreter des Trusts sagten, daß sie wirkliche Beschwerden und Uebelstände beheben würden, aber zu irgendwelchen Zugeständnissen waren sie nicht zu bewegen. Sie gebrauchten die alte Drohung, daß, wenn sie nicht in Ruhe hier produzieren lassen könnten, sie ihre Maschinen einfach wieder nach den Vereinigten Staaten schicken würden. Der Streik erregte Aufregung unter der Bevölkerung und es wurde die Befürchtung laut, der Trust könnte nach den Vereinigten Staaten ziehen. Aberall aber wurde beschlossen (die Zigarrenmacher sind sehr enthusiastisch und entschlossen) nicht eher wieder die Arbeit aufzunehmen, bis der Sieg errungen ist. Der Trust hat in kleineren Städten Filialen errichtet und strengt sich aufs schärfste an, Streikbrecher zu erhalten.

Ein großer Teil Zigarren wird jetzt in Portoriko von amerikanischen Tabak angefertigt und dann nach den Vereinigten Staaten gefandt.

Die große Masse der landwirtschaftlichen Arbeiter sind Analphabeten und leben in Häusern, wie man sie Bettlern zurechnet. Es ist wahr, die Vereinigten Staaten haben das Volksschulsystem in Portoriko eingeführt. Jedoch persönlich habe verschiedene Häuser in den landwirtschaftlichen Distrikten besucht. Diese bestehen aus nur einem Raum ohne irgendwelche Einrichtung und irgendwelche Möbel, ausgenommen die primitivsten und rohesten Stühle, die

Bewegungen im Beruf.

Berichte.

nabendig sind. Die Einwohner müssen ihr Wasser von dem nächst...

In einer dieser sogenannten Heimstätten wurde Tabak aufgetrocknet...

Die einzige Hilfe für diese Arbeiter ist die Trade-Union-Bewegung...

Die Hauptindustrien im Lande sind Tabak, Zucker, Kaffee und Früchte...

Mannheim. Nachdem der Verein der Rohstoffhändler jede Verhandlung...

Prenzlau. Der Streit bei den Firmen R. Krause, E. Schulz und B. Jachau dauert unverändert fort...

Goch (Rheinland). Die Lohnunterschiede bei der Firma Gebr. Blume...

Dresden. Schon seit langer Zeit ist die Arbeitslosigkeit am Orte...

Neue Methoden in der Zigarrenindustrie.

Ogleich die Maschine in der Zigarrenindustrie noch keinen Eingang gefunden...

Es kommt ferner noch in Betracht, daß die Tabakarbeiter durch den außerordentlich geringen Verdienst...

Der Herrgott ließ aber nun nicht plötzlich so viel hellen Tabak wachsen...

Aber damit noch nicht genug, man will jetzt auch besonders die Wickelmacher...

Um der Zigarre ein feines und gleichmäßiges Aussehen zu verschaffen...

Es ist nicht angeht die Tatsache, daß die Tabakarbeiter mit jedem Jahr...

Wesel. In der süddeutschen Tabakzettelung werden Zigarrenarbeiter nach Wesel...

Prenzlau. Am Mittwoch, 8. Juli, fand hier eine sehr gut besuchte öffentliche Versammlung...

Gießen. Am 12. Juli fand unsere Mitgliederversammlung statt mit folgender Tagesordnung...

Kollegen, agitiert für den Verband!

Matt, elend, nervös

fühlen sich viele, selbst in der Blüte der Jahre. Andere leiden an Atemnot...

dessen Blut arm an Eisen ist

und bei dem darum die Lebensvorgänge nicht normal von statten gehen...

Mitteilungen aus dem Beruf

Hat der Zigarettenkonsum in Deutschland seinen Höhepunkt erreicht? Diese Frage beantwortet die Südd. Tabakz. wie folgt...

Die aus der Tabakeinfuhr gezogenen Schlüsse scheinen uns getrag. Aus der Gesamtproduktion ließe sich schon eher ersehen...

Herabsetzung der Steuer auf inländischen Tabak forderte eine am 28. Juni in Erfurt abgehaltene Versammlung von Tabakbauern...

Der Reichstag wolle das Tabaksteuergesetz vom Jahre 1909 dahin abändern, daß die Steuer für 100 kg von 57 M auf 45 M herabgesetzt werde...

Ein Werkmüller zum Tode verurteilt. Der Werkmüller Peith von der Firma v. Jaminett & Meyer in Altona...

Hermeking & Boy Berlin, Brunnenstrasse 183 empfehlen: Vorstenlanden-Decke

Offeriere dir. hundert Zentner gemischte fertige Zigarreneinlage

Hermann C. W. Knoche, Rohrtabak Hohestr. 12 Bremen Hohestr. 12

Druckmaschinen Schmalfeldt & Co. Bremen



